

Kollegium des BORG Krems  
Heinemannstraße 12  
3500 Krems



Parlament per Mail  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

Krems am 20.09.2013

**Betreff: Stellungnahme des Kollegiums des BORG Krems, Heinemannstraße 12, 3500 Krems, zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst**

In offener Frist übermittelt das Kollegium des BORG Krems, Heinemannstraße 12, 3500 Krems seine EINSTIMMIG in der Dienststellenversammlung am 20. September 2013 beschlossene Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Wir fordern die Rückkehr zu sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten, die sich in Österreich jahrzehntelang bewährt haben.

Wir halten den Begutachtungsentwurf aus vielen Gründen für untragbar. Ein paar ausgewählte Argumente unsererseits:

- Der jetzige Begutachtungsentwurf seitens der Bundesregierung hätte eine wesentliche Verschlechterung der Unterrichtsqualität zur Folge.  
Mit einer Bachelor - Ausbildung wären die Anstellungserfordernisse für AHS – Lehrer/innen schon erfüllt. Bachelor-Ausbildung reicht niemals aus in einer AHS fachlich kompetenten Unterricht gewährleisten zu können. Dies führt zu einem programmierten Absacken des Bildungsniveaus.
- Durch die bis zu 38%-ige Erhöhung der Arbeitszeit könnte für die persönliche Betreuung der einzelnen Schüler/innen naturgemäß weniger Zeit aufgewendet werden. Dies steht im krassen Gegensatz zur Intention, nämlich der stärkeren individuellen Förderung unserer Schüler/innen.
- Der angewandte Berechnungsmodus zum Vergleich vom Alt- zum Neusystem kann so nicht durchgeführt werden, weil Verdienst mit der zugrunde liegenden Arbeitszeit verknüpft werden muss.
- Das Neue Dienstrecht und „pädagogische Verbesserungen“ hängen nicht notwendigerweise zusammen.
- Eine fundierte fachliche Ausbildung der Lehrer/innen ist ein absolutes Fundament für guten Unterricht. Es gibt keine Schulqualität ohne einer guten fachlichen Qualifikation der Lehrer/innen. Dies ist durch das Neue Dienstrecht gefährdet.
- Der Begutachtungsentwurf ignoriert die Ergebnisse der Arbeitszeitstudie „Lehrer-Lehrerin 2000“. Deutlich mehr Arbeitszeit bei gleichem Gehalt ist eine Lohnsenkung; dagegen protestieren wir.
- Die Arbeitsbedingungen für Lehrer/innen und Schüler/innen lassen eine sinnvolle Nachmittagsgestaltung in der Schule nicht zu. Außerdem sehen wir uns als „Freizeitpädagogen“ unzureichend qualifiziert.
- Wir sehen die Gefahr, dass durch die verminderte Zeit in der Arbeit mit den einzelnen Schüler/innen, diese nicht ausreichend auf die Matura vorbereitet werden können. Der Bedarf von noch mehr außerschulischer Nachhilfe und somit sozialer Ungerechtigkeit wird die Folge sein.
- Wenn jede Lehrerin/ jeder Lehrer jedes Fach unterrichten kann, dann führt das nach unserer Meinung logischerweise zu einer Senkung der Qualifikationen unserer Schüler/innen. Die Ergebnisse bei diversen Testungen (z.B. PISA) werden dann noch schlechter ausfallen.
- Wir brauchen dringend Supportpersonal (Sozialarbeiter, administrative Hilfe, ...). Erst dann kann über Stundenerhöhung diskutiert werden. Das wird im Begutachtungsentwurf nicht berücksichtigt.

F.d.R.:

  
Mag. Gerhard Wailzer

Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses